
Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11

Christopher Daase und Tim Nicholas Rühlig

1 Einleitung

Sicherheitskultur bezeichnet die „Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll“ (Daase 2011, S. 61). Im Verhältnis zu den Begriffen „politische Kultur“ und „strategische Kultur“ übernimmt der Terminus „Sicherheitskultur“ eine Brücken- und Vermittlungsfunktion. „Er richtet den Fokus sowohl auf Fragen nach den spezifischen Sicherheitsdefinitionen und Präventionspraktiken von Eliten, als auch auf die Ängste und Einstellungen der Bevölkerung“ (Rauer et al. 2013, S. 33). In dieser Brückenfunktion wird beispielsweise nach dem Zusammenhang von objektiver und subjektiver Sicherheit, von Makro- und Mikroperspektiven, von innerer versus äußerer Sicherheit gefragt. Dass sich die Sicherheitskultur wandelt, ist kein Geheimnis. Besonders deutlich wird dieser Wandel an der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs. Seit den 1950er Jahren hat der Sicherheitsbegriff eine kontinuierliche Ausweitung erfahren (Daase 1991, 2010a). Verstand man zunächst Sicherheit vor allem als Schutz des nationalen Territoriums vor militärischen Bedrohungen, werden heute auch wirtschaftliche und ökologische Risiken für Mensch und Gesellschaft als Sicherheitsprobleme anerkannt.

C. Daase (✉) · T. N. Rühlig

Johann Wolfgang Goethe-Universität/Exzellenzcluster „Herausbildung normativer Ordnungen“, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, Deutschland

E-Mail: daase@normativeorders.net

T. N. Rühlig

E-Mail: ruehlig@normativeorders.net

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

S. Fischer, C. Masala (Hrsg.), *Innere Sicherheit nach 9/11*,

DOI 10.1007/978-3-658-02638-7_2

Mit diesem Wandel ändern sich auch die Herausforderungen für die Politik. Sicherheitspolitik wird heute weit umfassender verstanden als zur Zeit des Kalten Krieges. Immer neue Problembereiche werden als „sicherheitsrelevant“ bezeichnet und bekommen dadurch eine höhere Dringlichkeit auf der politischen Agenda zugeschrieben. Diese „Versicherheitslichung“ ist nicht nur ein voluntaristischer Akt interessierter Akteure, um für außergewöhnliche Maßnahmen politische Unterstützung zu gewinnen (Waever 1995), sondern ein komplexer gesellschaftlicher Prozess, an dem viele Akteure mitwirken: Die Gesellschaft stellt immer weitergehende Schutzerwartungen an den Staat, dieser weitert kontinuierlich seine Kontrollfunktionen aus, die Wissenschaft entdeckt immer neue Gefahren und die Medien dramatisieren diese und tragen zur Verunsicherung der Gesellschaft bei. Immer weitreichendere Sicherheitsmaßnahmen und umfangreichere Schutzvorkehrungen werden vorgenommen, die „subjektive“ Sicherheit der BürgerInnen nimmt aber ab. Es kommt zu einem paradoxen Effekt, den Emil Angehrn als „Zirkel des sich selbst steigernden und [gleichzeitig] unterminierenden Sicherheitsstrebens“ bezeichnet hat (Angehrn 1993, S. 240 f.).

Der internationale Terrorismus, der mit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine neue Dramatik gewonnen hat (Daase 2001; Daase und Spencer 2010), hat diesen Prozess nicht ausgelöst, aber noch einmal verstärkt. Im Folgenden wollen wir die Auswirkungen des Terrorismus und vor allem der Anti-Terrorpolitik auf die Sicherheitskultur beschreiben und die Dynamiken erklären, die sich in Forderungen nach immer umfangreicheren Sicherheitsmaßnahmen ausdrücken. Im zweiten Abschnitt dieses Aufsatzes wollen wir kurz die vier Dimensionen des Sicherheitsbegriffs erläutern, um im dritten Abschnitt die Folgen von 9/11 auf die Sicherheitskultur systematisieren zu können. Im vierten Abschnitt soll der Einfluss unterschiedlicher Akteure auf diesen Prozess analysiert werden. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst.

2 Sicherheitskultur und Sicherheitsbegriff

Der Wandel der Sicherheitskultur lässt sich anhand der graduellen Erweiterung des Sicherheitsbegriffs darstellen (vgl. Daase 2010a, 2011). Dabei lassen sich vier Dimensionen unterscheiden (vgl. Abb. 1). Die erste Dimension betrifft das Referenzobjekt, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Hinsichtlich der Referenzdimension zeigt sich seit den 1950er Jahren eine zunehmende Individualisierung des Sicherheitsverständnisses. Bezog sich Sicherheit zunächst vor allem auf den Staat (Wolfers 1962; Waltz 1979), rückte in den 1970er Jahren zunehmend die Gesellschaft in den Fokus (Waever 1993). Mit dem *Human*

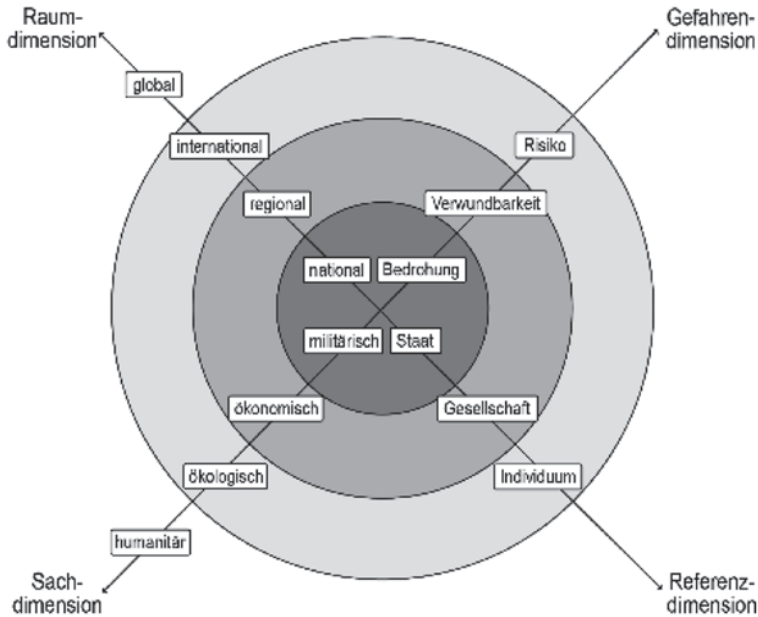


Abb. 1 Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs. (Quelle: Eigene Darstellung (siehe auch Daase 2010b, S. 3))

Development Report 1994 begann sich der Begriff der „menschlichen Sicherheit“ durchzusetzen, und das Individuum wurde zum Referenzobjekt umfassender Sicherheitspolitik (Axworthy 1997; Paris 2001).

Die zweite Dimension ist die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich der Politik Sicherheitsgefahren festgestellt werden. Auch hier ist eine kontinuierliche Ausweitung festzustellen. Während des Kalten Krieges war Sicherheit ganz auf militärische Probleme bezogen (Smoke 1979). Mit den Wirtschafts- und Energiekrisen der 1970er Jahre stieg das Bewusstsein wirtschaftlicher Verwundbarkeit, und Fragen der ökonomischen Sicherheit gewannen an Bedeutung (Nye 1974; Maull 1984). Mit dem Brundtland-Report 1987 rückten zum ersten Mal auch die Probleme der Umweltzerstörung ins öffentliche Bewusstsein. Fortan wurden Umweltverschmutzung und Klimawandel als Probleme „ökologischer Sicherheit“ diskutiert (Renner 1989; Carius und Lietzmann 1998). Zuletzt hat der Begriff „humanitäre Sicherheit“ auch Menschenrechtsfragen in die Sachdimension Sicherheit eingeführt. Dabei ist zunächst die Sicherheit von humanitären Helfern in Krisengebieten gemeint, aber die Grenze zur „humanitären Sicherheit“ ist fließend (Gassmann 2005).

Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension und die Frage, für welches geographische Gebiet Sicherheit angestrebt wird. Dabei zeigt sich eine Entgrenzung von Sicherheit, insofern zunächst das nationale Territorium im Zentrum stand, später „regionale Sicherheit“, dann „internationalen Sicherheit“ und schließlich „globale Sicherheit“ an Bedeutung gewann (Haftendorn 1993).

Die vierte Dimension betrifft schließlich die Gefahrendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das Sicherheitspolitik antworten soll. Denn während des Ost-West-Konfliktes wurde Unsicherheit vor allem als Bedrohung verstanden und damit als Gefahr, bei der man den Gegner, seine Intentionen und seine militärischen Kapazitäten relativ genau bestimmen konnte. Schon im Falle ökonomischer Gefahren und erst recht bei ökologischen Gefährdungen kann aber von Intentionen oder gar Militärkapazitäten keine Rede sein, und so wurde der Begriff der „Verwundbarkeit“ als Maß für Unsicherheit eingeführt (Keohane und Nye 1977). Eine weitere Ausdehnung des Gefahrenbegriffs in der Sicherheitspolitik ergab sich nach Ende des Ost-West-Konflikts, als die eine große Bedrohung durch den Ostblock durch die vielen Risiken regionaler Konflikte und anderer Herausforderungen ersetzt wurde. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, transnationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Umweltzerstörung und viele andere Probleme wurden nun als nationale, internationale und globale Sicherheitsrisiken diskutiert. Was sie einte, war ihre relative Unbestimmtheit (Daase 2002a).

Die Wendung zum Risiko ist deswegen so wichtig, weil mit ihr existenzielle Gefahren in den Blick geraten, die noch gar keine sind, die aber die Möglichkeit haben, welche zu werden. Wenn Sicherheitspolitik Risiken begegnen soll, kann sie aber nicht länger reaktiv bleiben wie während des Kalten Krieges, sondern muss proaktiv werden und Gefahren identifizieren, bevor sie sich zu Bedrohungen auswachsen. Dabei kann sich proaktive Sicherheitspolitik sowohl auf die Verhinderung von Schadensfällen beziehen, als auch auf die Vorsorge für den Fall, dass sich Schadensfälle nicht verhindern lassen. Vorbeugende und vorsorgende Sicherheitspolitik können wiederum mit militärischen oder diplomatischen Mitteln betrieben werden, entscheidend ist aber, dass Sicherheitspolitik als Risikominimierung viel aktiver und offensiver sein muss als eine Sicherheitspolitik, die auf Reduzierung von Verwundbarkeit oder die Abwehr von Bedrohungen gerichtet ist.

3 9/11 und die Folgen für die Sicherheitskultur

Die Anschläge von 9/11 sowie die Reaktionen darauf fügen sich nahtlos in diese Entwicklung. Sie haben in allen vier Dimensionen – Referenz-, Sach-, Raum- und Gefahrendimension – zu einer weiteren Verstärkung der im vorherigen Abschnitt skizzierten Dynamik des Sicherheitsverständnisses beigetragen.

3.1 Referenzdimension

In Hinblick auf die Referenzdimension zeigt sich, dass Terrorismus und Antiterrorismus die Individualisierung in der Sicherheitspolitik begünstigen. Zwar zielt der islamistisch motivierte Terrorismus zunächst auf eine Schwächung von *Staaten*. Osama Bin Laden wird etwa mit den Worten zitiert, seine Terrororganisation strebe nicht nach zivilen Opfern:

The September 11 attacks were not targeted at women and children. The real targets were America's icons of military and economic power. (zitiert nach Schneckener 2006, S. 17 f.)

Doch ist offenbar, dass der islamistisch motivierte Terrorismus den Tod von Zivilisten nicht nur in Kauf nimmt, sondern gezielt ins Kalkül zieht. Zivilisten werden zu Repräsentanten einer Gesellschaft sowie eines Staates und damit zum „Adressaten“ der Gewalt. Wer bei einem Terroranschlag stirbt, ist für die Terroristen zweitrangig. Zentral ist hingegen die Maßlosigkeit des Schreckens, den ein Anschlag verbreitet (Fuchs 2004, S. 45 f.). Es geht darum, größtmögliche Verwüstung zu verursachen (Münkler 2006, S. 192).

Anschläge gegen „weiche Ziele“ mit weit weniger Symbolcharakter, lassen zudem Zweifel an den von Bin Laden formulierten Intentionen aufkommen. Exemplarisch seien nur die Anschläge auf öffentliche Nahverkehrsmittel (London, Madrid), Touristen (Bali, Djerba) oder Sportveranstaltungen (Boston) genannt. Der Terror zielt daher auf Individuen, die als Träger einer Kultur als legitime Angriffsziele ausgemacht werden (Nitschke 2008, S. 14). Entsprechend kann es nicht verwundern, dass die Angst sich innerhalb der amerikanischen Gesellschaft zunehmend individualisiert hat. Während des Ost-West-Konfliktes meinten die meisten Amerikaner, die Sowjets wollten „uns“ töten; aber die heutigen Terroristen streben nach „meinem“ Tod (Mockaitis 2008, S. 77).

Warum ist das so? Zentral ist, dass der Terrorismus egalisierend, entdifferenzierend und individualisierend insofern wirkt, als die Opfer mehr oder weniger zufällig ausgewählt werden (Waldmann 2002, S. 13). Die Gefahr ist zwar eine menschengemachte, gleichzeitig verhält sich das Risiko für das Individuum jedoch ähnlich wie bei einer Naturkatastrophe: JedeR BürgerIn kann einem Terroranschlag zum Opfer fallen (Kaschner 2008, S. 89). Das bedeutet nicht, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, von einem Terroranschlag getroffen zu werden. 9/11 hat vielen Menschen jedoch ihre individuelle Verletzbarkeit aufgezeigt (Mowlam 2007, S. 2).

Die Gefahr des Terrorismus wird in der Wahrnehmung der Menschen subjektiviert und verbreitet angesichts der medialen Anschlagbilder bei nicht unmittelbar Betroffenen Angst und Schrecken (Kremnitzer und Rosler 2012, S. 42 f.). Studien am Beispiel der israelischen Bevölkerung haben gezeigt, dass sich bei von Terrorismus nicht Betroffenen in hoher Zahl stressbasierte Traumata nachweisen lassen (Bleich et al. 2003). Auch wenn die Situation in Israel eine besondere ist, belegt dies die gesellschaftliche Wirkung des Terrorismus. Denn vielen Menschen tritt in das Bewusstsein, dass der Terror jeden treffen kann (Waldmann 2003, S. 194).

Dass auch die Staaten, die ihre BürgerInnen zu schützen suchen, diese Entwicklung hin zur (wahrgenommenen) Individualisierung der Gefahr nachvollziehen, zeigt George W. Bushs „Address to the Nation“ vom 11. September 2001. Zwar betont er in seiner Rede, die Nation sei Ziel eines Terroranschlags geworden. Gleichzeitig verweist er auf die Individuen, die dem Terroranschlag zum Opfer gefallen sind:

Today, our fellow citizens, our way of life, our very freedom came under attack in a series of deliberate and deadly terrorist acts. The victims were in airplanes, or in their offices; secretaries, businessmen and women, military and federal workers; moms and dads, friends and neighbors. These acts of mass murder were intended to frighten our nation into chaos and retreat. But they have failed; our country is strong. (White House 2001)

So verdeutlicht die Rede Bushs, dass es die erste Pflicht der Nation sei, die individuelle Sicherheit der BürgerInnen sicherzustellen. Hinzu tritt, dass die identifizierte Gefahr nicht in erster Linie von einem Staat, sondern von transnationalen Akteuren ausgeht. Zwar wurde auch mindestens ein klassischer zwischenstaatlicher Krieg (gegen die afghanischen Taliban) zur Terrorismusbekämpfung geführt. Doch der wesentliche Teil der Anti-Terrormaßnahmen besteht in der Verfolgung von Netzwerken, Kommunikationsstrukturen und kleinen Terrorgruppen (Zellen) oder gar Individuen. Mit anderen Worten: Nicht nur die Gefahr bezieht sich auf einzelne Zivilisten; die als solche identifizierte Gefahr geht auch von Individuen, die sich dem islamistisch motivierten Terrorismus angeschlossen haben, aus. Jedes Individuum kann damit zur Sicherheitsgefährdung werden. Sicherheitsherstellung umfasst immer mehr Sphären gesellschaftlichen Lebens und macht einen gesellschaftlichen Diskurs und Konsens über die Art und Weise der Terrorbekämpfung zunehmend unabdingbar (Czempiel 2002).

Das Ergebnis ist, dass die Sicherheitsmaßnahmen für die Gesellschaft deutlich sichtbar werden, eine Tatsache, die konstant auf die bestehende Bedrohungslage verweist. Somit entsteht eine individualisierte Angst in Folge der Schrecken vor dem Terrorismus, die seit 9/11 ins Bewusstsein der Menschen gerückt ist und zu einer erhöhten Sensibilität für die eigene Sicherheit führt.

3.2 Sachdimension

Auf den ersten Blick scheinen 9/11 und die sich daran anschließenden Diskussionen die Sachdimension des Sicherheitsverständnisses nicht verändert zu haben: Die Verhinderung physischer Gewalt mit polizeilichen und militärischen Mitteln ist Teil eines klassischen Verständnisses von Sicherheitspolitik. In der Tat meinen wir, dass die Entwicklungen des Sicherheitsverständnisses in der Sachdimension weniger stark durch 9/11 dynamisiert wurden, als dies in anderen Dimensionen der Fall ist. Dennoch lassen sich auch hier einige Anhaltspunkte finden, die auf eine Ausweitung des Sicherheitsverständnisses auf humanitäre, ordnungspolitische und ökonomischen Sachbereiche hinweisen.

Für Entwicklungen innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft/Gesellschaften, insbesondere den USA, ist der Krieg gegen den Irak 2003 das anschaulichste Beispiel: Denn bei der Begründung des Irakkriegs durch die Regierung Bush fallen Vielzahl und Vielfalt der vorgebrachten Rechtfertigungen des Waffengangs auf. So verwies der damalige US-Vizepräsident Dick Cheney immer wieder auf eine seinen Ausführungen zufolge bewiesene Kooperation von Saddam Husseins Geheimdienst mit Al Qaida. Die USA hätten Beweise, dass sich Mohamed Atta, einer der Terroristen des 11. September, in Prag mit dem irakischen Geheimdienst getroffen hätte. Zwar legten Telefon- und Kreditkartenabrechnungen von Atta, die den US-Geheimdiensten FBI und CIA vorlagen, den Verdacht nahe, Atta habe sich zu besagtem Zeitpunkt im Norden Virginias und nicht in Prag aufgehalten. Doch der Vizepräsident ignorierte diese Belege in seinen Reden und Interviews (Evangelista 2008, S. 110 f.). Auch US-Präsident Bush unterstützte die Äußerungen seines Stellvertreters implizit und nannte Terrorismus und Irak in einem Atemzug:

Iraq constitutes to flaunt its hostility toward America and to support terror. The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. This is a regime that has already used poison gas to murder thousands of its own citizens – leaving the bodies of mothers huddled over their dead children. This is a regime that agreed to international inspections – then kicked out the inspectors. This is a regime that has something to hide from the civilized world.

States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world. By seeking weapons of mass destruction, these regimes pose a grave and growing danger. They could provide these arms to terrorists, giving them the means to match their hatred. [...] In any of these cases, the price of indifference would be catastrophic. (White House 2002)

Diese Anstrengungen der Bush-Regierung, den Irakkrieg mit dem Kampf gegen den Terror zu begründen, waren erfolgreich: In einer Umfrage, die von Juni bis September 2003 durchgeführt wurde, glaubten 48 % der Befragten US-BürgerIn-

nen, eine Allianz zwischen Saddam Hussein und Al Qaida sei nachgewiesen; unter den amerikanischen SoldatInnen im Irak waren es sogar 85 % (Evangelista 2008, S. 111 f.).

Doch das obige Zitat von Präsident Bush verweist nicht nur auf die rhetorische Verknüpfung von Irakkrieg und Anti-Terrorkampf, sondern enthält weitere Begründungen für den Militäreinsatz, die die US-Regierung vorbrachte: die vermeintliche Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak und die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Regierung um Saddam Hussein gegenüber der eigenen Zivilbevölkerung, die es zu schützen gelte. Hierin wird eine Ausdehnung und Kombination verschiedener Aspekte unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit deutlich: Denn der Krieg im Irak erhält in der Rhetorik der US-Regierung zwei Bedeutungen: Er bekämpft den Terrorismus zur Sicherung Amerikas und wirkt obendrein „humanitär“, weil er die Zivilbevölkerung vor der Willkürherrschaft ihres Diktators befreit, einschließlich eines möglichen neuerlichen Einsatzes von Massenvernichtungswaffen.

Doch die Mission Amerikas sollte über einen „humanitären Einsatz“ hinausgehen: Auf der Agenda stand auch die Förderung von Demokratie und Freiheit, die nicht nur als positive Werte an sich verbreitet werden sollten, sondern von George Bush als „sicherheitsrelevant“ betrachtet wurden. So sagte der Präsident:

In this new century, freedom is once again assaulted by enemies determined to roll back generations of democratic progress. Once again, we're responding to a global campaign of fear with a global campaign of freedom. And once again, we will see freedom's victory. (White House 2005a)

In seiner „State of the Union Address“ des gleichen Jahres ergänzte Bush:

In the long-term, the peace we seek will only be achieved by eliminating the conditions that feed radicalism and ideologies of murder. If whole regions of the world remain in despair and grow in hatred, they will be the recruiting grounds for terror, and that terror will stalk America and other free nations for decades. The only force powerful enough to stop the rise of tyranny and terror, and replace hatred with hope, is the force of human freedom. Our enemies know this, and that is why the terrorist Zarqawi recently declared war on what he called the ‚evil principle‘ of democracy. And we've declared our own intention: America will stand with the allies of freedom to support democratic movements in the Middle East and beyond, with the ultimate goal of ending tyranny in our world. (White House 2005b)

Die Verbreitung von Demokratie und Freiheit ist daher für Bush ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitspolitik und des Anti-Terrorkampfes. Terrorismus, der sich auch und vor allem gegen die USA richtet, so die Annahme, würde in einer demo-

kratischeren Welt an Rückhalt und Stärke verlieren. Die Verbreitung von Demokratie und Freiheit ist daher nicht nur ein ordnungspolitisches, sondern auch ein sicherheitspolitisches Anliegen der Regierung Bush. Dieser Zusammenhang wird dabei nicht nur abstrakt hergestellt, sondern diente auch als eine Rechtfertigung für den Irakkrieg. Hier hatte sich die US-Regierung einen „Domino-Effekt“ versprochen, d. h., dass ein erfolgreich demokratisierter Irak Nachahmung im gesamten Nahen Osten auslösen würde (Schneckener 2006, S. 238 f.). Normative ordnungspolitische und humanitäre Aspekte werden hier Teil des Sicherheitsverständnisses.

Noch ein weiteres Motiv wird der US-Regierung bei der Entscheidung für den Irakkrieg 2003 häufig unterstellt: die Verfolgung von Wirtschaftsinteressen durch Sicherung wichtiger Rohstoffquellen, insbesondere die irakischen Ölfelder (Evan gelista 2008, S. 108). Träfe diese Einschätzung zu, so hätte die Bush-Regierung zudem den Anti-Terrorkampf zur Durchsetzung und Rechtfertigung handfester ökonomischer Interessen mit militärischer Zwangsgewalt gebraucht. Doch nicht nur für die Regierung Bush gilt, so wird argumentiert, dass Sicherheitsverständnisse im Zuge von 9/11 sich verschoben haben. Auch der islamistisch motivierte Terrorismus selbst ist Teil dieser Entwicklung. So unterstellt Herfried Münkler (2004, S. 36) dem Terrornetzwerk die bewusste Einbeziehung ökonomischer Gegebenheiten in ihre Strategie. Moderne Gesellschaften seien heute im Wesentlichen nicht mehr politisch, sondern sozio-ökonomisch integrierte Systeme. Wolle der islamistisch motivierte Terrorismus gesellschaftliche und politische Ordnungen destabilisieren und zu einer Verunsicherung führen, müssten sich die Terroristen an diese Ausgangslage anpassen und einen möglichst großen ökonomischen Schaden verursachen. Der Terror gegen das World Trade Center habe daher nicht nur ein Symbol amerikanischer Wirtschaftsmacht getroffen, sondern auch zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden geführt. Diese Effekte seien bewusst kalkuliert. So lässt sich auch im Handeln des islamistisch motivierten Terrorismus eine Ausweitung des Sicherheitsverständnisses feststellen.

3.3 Raumdimension

Der islamistisch motivierte Terrorismus – und entsprechend auch seine Bekämpfung – ist in mehrerlei Hinsicht ein globales Phänomen. Zwar ist es schwer, das Phänomen des islamistisch motivierten Terrorismus präzise hinsichtlich seiner Akteursqualität zu fassen (Dillinger 2008, S. 67 ff.). Doch davon unabhängig ist die globale Reichweite desselbigen in seiner Wirkung nicht zu bestreiten: Der islamisch motivierte Terrorismus hat in einer Vielzahl an Staaten UnterstützerInnen. Ganz gleich, ob die räumlich über den Globus verstreuten Terrorzellen miteinander kommunizieren oder nicht: sie fühlen sich einer Ideologie gemeinsam verpflichtet

(Kaschner 2008, S. 66). Dies betrifft sowohl die im Fokus des Terrors stehenden Staaten des „Westens“ in Europa (Brisard 2005, S. 197 ff.; Bakker 2011; Marret 2011), die Rückzugsräume des islamistisch motivierten Terrorismus im Vorderen Orient und anderen muslimisch geprägten Staaten (Hirschmann 2004, S. 30 ff.; Röhrich 2005, S. 28 f.) als auch Weltregionen, die weniger stark im Blickpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit im Anti-Terrorkampf stehen, wobei sich häufig verschiedenste Motivlagen für Terroraktivitäten durchmischen (z. B. Chen 2006; Thamm 2006).

Obgleich überdurchschnittlich viele Anhänger des islamistisch motivierten Terrorismus aus Ländern des Vorderen Orients stammen, haben sich auch Personen aus anderen Weltregionen der Bewegung angeschlossen. Ein besonders häufig diskutiertes Phänomen ist die Gefahr, die von aus Europa stammenden Konvertiten ausgeht (vgl. z. B. Hasenclever und Sändig 2011). Ein wichtiger Grund für die globale Attraktivität des islamistisch motivierten Terrorismus ist wiederum darin zu finden, dass 9/11 als Angriff auf die einzig verbliebene Weltmacht und damit unmittelbar als Weltpolitik angesehen wurde (Schneckener 2006, S. 14). Der Terror erhielt große Aufmerksamkeit und wandte sich gegen eine Macht, deren Handeln ebenfalls globale Reichweite hat. Somit ist nicht nur das Terrornetzwerk global, sondern auch Motiv (Zurückdrängung amerikanischer Macht) und Feind (Weltmacht USA) des Terrors von weltweiter Dimension.

Auch die USA reagierten auf 9/11 mit einem globalen Krieg gegen den Terrorismus, gingen weltweit Allianzen mit Staaten ein, die Amerika nachrichtendienstlich, logistisch, militärisch (Beteiligung an Kampfhandlungen, Bereitstellung von Militärstützpunkten, Überflugrechten, Basen für die Luftwaffe etc.) unterstützten (Barth 2002). Angesichts der weltweiten Ausdehnung der Anti-Terrormaßnahmen und der Einbeziehung nicht-militärischer Mittel sieht Erhard Eppler (2002, S. 101) eine weitere Beförderung einer „Welt-Innenpolitik“. Der Ausbreitung des islamistisch motivierten Terrorismus und dem globalen Agieren der Sicherheitsbehörden gegen den Terrorismus entsprechend wird auch die Gefahrenlage als global charakterisiert. So argumentierte beispielsweise der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU):

Terrorismus ist kein nationales oder regionales, sondern ein weltweites Problem. Kein Staat kann sich ihm entziehen. Ebenso wie wir eine globalisierte Gesellschaft, eine globalisierte Wirtschaft haben, haben wir eine globalisierte Sicherheitslage. (BMI 2009)

Ähnliche Äußerungen lassen sich auch von Schäubles Vorgänger Otto Schily (2002, S. 5, 2005, S. 7) (SPD) nachweisen. Auch die Bevölkerung spricht sich in

Innere Sicherheit nach 9/11

Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue
Sicherheitsmaßnahmen?

Fischer, S.; Masala, C. (Hrsg.)

2016, X, 261 S. 16 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02637-0